ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 103 – Oktober 2001

BRUCE WILLIS

JEREMY IRONS SAMUEL L. JACKSON

"FUN WITH A VENGEANCE!"

-Gene Shalit, TODAY SHOW

Sowas kommt von sowas......!

DVD

DIGITALLY  MASTERED

FOR SUPERIOR SOUND AND PICTURE QUALITY

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Auch uns haben die Anschläge am 11.9. in den U.S.A. und die Ereignisse danach sehr beschäftigt. Eigentlich hatten wir für den jetzigen Zeitpunkt der Zeitungserstellung fest damit gerechnet, daß der drohende Militärschlag gegen Afghanistan und andere „Schurkenstaaten“ längst Realität sei – doch bisher ist dem nicht so. Vielleicht ist dies, wenn Ihr diese Zeilen lest, bereits graue Vergangenheit..

Wir meinen, dass es jetzt darum gehen muß, dass wir als deutsche radikale Linke der Militärmaschine BRD/NATO/U.S.A. in den Rücken fallen, denn anders als so manche Antinationale haben wir im Islam nicht den Feind der Menschheit ausgemacht und glauben, dass die Linke an der Seite der U.S.A. kämpfen müsse, wie es z.B. die bahamas-Redaktion propagiert.

Der Feind der Völker war und ist der herrschende Imperialismus!

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sehen die menschenverachtenden Anschläge durch nichts gerechtfertigt.

Aber nunmehr muß das Ziel sein, weiteres sinnloses Blutvergießen zu vermeiden und aufzuzeigen, dass der imperialistische Normalzustand ständig Massenmord bewirkt – aber eben nicht in den Metropolen sondern in den marginalisierten Randbezirken des Globus.

In diesem Sinne:

Am Tag x (Beginn der Militäroperationen durch die USA) Treffen wir uns um 17.00 Uhr am Gerhard-Hauptmann-Platz, Samstags um 12.00, und am Tag x+1 um 17.00 an der Sternschanze.

Fight the Power!

Selcuk Eralp auf der Polizeiwache Lerchenstrasse gefoltert

In der Nacht des 1. Juni wurde Selcuk Eralp auf der Wache mit Faustschlägen mißhandelt. Nach Worten „Jetzt kommst Du in die Harkengasse“, schlug der Polizist Mathias B. in Anwesenheit von weiteren vier Polizisten auf Selcuk in einem Korridor ein. Hinter dem Schläger standen die anderen Polizisten und schauten zu. Selcuk wurde dann ca. vier Stunden in einer Einzelzelle festgehalten, dem eine Fahrt von zwei Stunden quer durch die Stadt, eingesperrt in einem Käfig eines Gefangenentransporters, folgte. Obwohl Selcuk sich die gesamte Zeit mit seinem Arztausweis ausweisen konnte, wurde er erst gegen Morgen nach erkennungsdienstlicher Behandlung im Polizeipräsidium freigelassen.

Zu diesen Mißhandlungen kam es nach einer Festnahme eines Schwarzen wegen angeblicher Residenzpflichtverletzung in der Susannenstraße im Schanzenviertel. Die Frage nach dem Grund der Festnahme sollte Selcuk und Magdalene teuer zu stehen kommen. Mathias B. und sein Kollege nahmen dies zum Anlaß gegen beide brutal vorzugehen. Beiden wurden die Arme auf den Rücken verdreht, ihre Köpfe gegen Fahrzeuge geschlagen, Selcuk zu Boden geschleudert. Mit hinzugekommenen Beamten wurde er hochgehoben und sein Kopf mehrmals gegen eine Fensterfront geschlagen, erneut auf den Boden geworfen, wo auf ihn eingetreten wurde und schließlich beide in getrennten Fahrzeugen zur Wache in der Lerchenstraße verbracht wurden.

Juristische Mittel gegen Mathias B. sind eingeleitet. Wie meistens der Fall, ist zu erwarten, dass diese fruchtlos bleiben. Wie ernst (Noch-) Innensenator Scholz den Fall nimmt, zeigt daß Mathias B. nicht vom Dienst suspendiert wurde, sondern als ob nichts geschehen wäre weiter arbeitet. Aktiv ist die Innenbehörde jedoch in ihren Maßnahmen gegen Selcuk und Magdalene. Gegen sie laufen Ermittlungsverfahren. Selcuk soll auch beruflich nicht verschont bleiben. Durch schnelle Vorverurteilung, ohne Selcuk, Magdalene und Zeugen zu hören, hat die Polizei sich an die zuständige Ärztekammer gewandt, wohl mit dem Ziel den Entzug der Zulassung von Selcuk zu betreiben.

Der Polizeipräsident empörte sich gegenüber der Zeitung ***Gazete Güncel*** mit einem per Boten überbrachten Brief über einen ***„pauschalen Vorwurf der rassistischen Behandlung und sogar Folter ausländischer Mitbürger durch die Hamburger Polizei“***, Schadensersatzforderungen gegen Selcuk wurden angemeldet.

Selcuks Geschichte ist keine Ausnahme, sondern nur eine in einer langen Reihe rassistischer Übergriffe durch die Polizei. So ist spätestens seit Anfang der 90er Jahre bekannt, dass Menschen wiederholt beleidigt und gedemütigt, geschlagen, mit Insektenspray, Tränengas und sonst wie gefoltert wurden. Menschen wurden Nachts orientierungslos in den Boberger Dünen oder in den Vier- und Marschlanden ausgesetzt. Diese Tradition wurde offensichtlich auch nicht nach dem „Hamburger Polizeiskandal“ und dem Rücktritt des damaligen Innensenators Hackmann im Jahre 1994 beendet. Folterungen auf verschiedenen Wachen ließen sich nicht länger verheimlichen.

Der strukturelle Rassismus der Polizei äußert sich jedoch nicht nur hinter verschlossenen Zellentüren, sondern ist täglich auf der Straße erfahrbar: Durch rassistische Kontrollen, Verabreichung von Brechmitteln,bis hin zu offenen Misshandlungen.

Hamburg stellt in diesem Land jedoch keine Ausnahme dar: mehrfach wurde, durch verschiedenste Organisationen bis hin zu ***amnesty international*** dokumentiert, was bundesweit unter „rechtsstaatlichen“ Maßnahmen der Polizei zu verstehen ist. Solche Übergriffe müssen Menschen bisweilen mit ihrem Leben bezahlen: So wurde am 14. Juli in Aschaffenburg die 26jährige Senegalesin Ndeye Mareame Sarr von Einsatzbeamten aus angeblicher „Notwehr“ erschossen. Die Polizei war von ihrem deutschen Ehemann herbeigerufen worden, der ihren zweijährigen Sohn entführt hatte, welchen Mareame abholen wollte.

Wir lassen Selcuk mit der Polizei und der Justiz nicht allein!
Wehret staatlicher Repression und Rassismus!
Einschreiten!

Gruppe „Einschreiten“



Kurzes:

„P-Schicht zum Platzen bringen"

Solikonzert für P-Schicht-Geschädigte und Verfahrenskosten aus dem Anti-EXPO-Widerstand.
Mit KURORCHESTER FROHSINN, DER TRICK IST ZU ATMEN, SUFFRAKETE PUNKHORST, BRAINEATERS UND INNER CONFLICT
Im Keller: Musik vom Plattenteller (Techno?)
Freitag, 12. Oktober, Rote Flora
Ab 21.00 Uhr

Grossdemonstration gegen das System der Abschiebung,

gegen Repressionen gegen Fluechtlinge und MigrantInnen.

Am 24.11.2001, Norderstedt bei Hamburg.
Die Demo soll zum Knast Glasmoor gehen und bezieht sich zeitlich auf eine Protestaktion von 40 Gefangenen in Glasmoor im November 1994, die nach dem Hofgang verweigerten, in ihre Zellen zurückzukehren.
Achtet auf Ankündigungen – erscheint zahlreich!

Jüdischer Widerstand im Distrikt Lublin

Veranstalung mit Robert Kuwalek
(Gedenkstätte Majdanek)
Robert Kuwalek forscht seit 1985 zur jüdischen Geschichte im polnischen Distrikt Lublin, während des Faschismus ein Teil des sogenannten Deutschen Generalgouvernement. Er stellt detailliert die Ausgangsbedingungen für den jüdischen Widerstand, seine unterschiedlichen Ausprägungen und Möglichkeiten dar. Dabei wird es nicht nur um spektakuläre Ereignisse, sondern auch um den alltäglichen Widerstand gehen.
Sonntag, 14.10., 15.00 Uhr
Gedenkstätte Bullenhuser Damm (Hinterhof)

Montag, 15.10., 19.30 Uhr
Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule
Karolinenstraße 35



Cafe Niemandsland Oktober 2001

7.10. Bedeutung der Firma Topf & Söhne für den Holocaust.
Zum Massenmord der Nationalsozialisten trug das Erfurter Unternehmen die technische Ausführung bei, baute Krematorien für die KZ's Dachau, Buchenwald u.a. Die Handlungen der Firma, in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive bewertet, sind die von Handlangern für die Nazis, ein deutsches Geschäft, aufgebaut mit deutscher Arbeitsmoral, von typischen Deutschen geführt.

14.10. Bauwochenende (13. + 14.10.), After-Show-Cafe
Zum Ausklang leckeres Essen und ne gehörige Portion Simpsons.

21.10. Hass
Spielfilm über Jugendliche in den Pariser Banliues. Während einer Straßenschlacht gerät einer von ihnen in den Besitz der Pistole eines Polizisten...

28.10. Kritik der Arbeit
Vortrag und Diskussion zum Arbeitsbegriff

Jeden Sonntag in der Roten Flora. Geöffnet von 17 – 21.00 Uhr. Veranstaltungen ab 18.00 Uhr.

Bundesweites Totalverweigerertreffen in HH

Vom 19. Bis 21. Oktober 2001 findet im „Just" (Justus-Strandes-Weg 14, Hamburg-Ohlsdorf) ein bundesweites Treffen zur Totalverweigerung (TKDV) statt. Es wird in Ag's und Diskussionsrunden um Themen wie internationale TKDV-Arbeit, juristische Unterstützung von Totalverweigerern, Prozeßstategien, Umgang mit Medien, Perspektiven der TKDV und mehr.Weitere Infos unter:
www.whm.tu-harburg.de/horst
e-mail:desertoere@gmx.de
Post: Die Desertöre, Nesterweg 32, 22765 Hamburg

Konzerte in Norderstedt

Hiermit soll auf zwei Konzerte im Sozialen Zentrum Norderstedt, Ulzburger Strasse 6a, 22850 Norderstedt, hingewiesen werden:
Freitag, 12.10: „Inner Conflict" (hardcore/Brühl) und "„Der Trick ist zu atmen" (Punk/HH)
Montag, 15.10.2001 „Csizmaskandur" (Ska/Tschechien) und „Bloody Mary" (Punk/Österreich)
Beginn ist 20Uhr30, Einlaß ab 19Uhr.. zu erreichen über die U1, Haltestelle Ochsenzoll. Na dann, viel Spaß!

Protestnote an die italienische Regierung

1999 wurden die Rollos zweier Büros der DS (Democratici di Sinistra) mit Brandsätzen beschädigt. Die DS war zu der Zeit Regierungspartei in Italien und damit für die Bombardements auf Serbien und den Kosovo verantwortlich.
In dem Zusammenhang wurde am 16. Juli 2001 eine 25jährige Frau, die in verschiedenen feministischen Gruppen aktiv ist, Roberta Ripaldi, in Rom verhaftet. Sie soll bei einer italienischen Tageszeitung einen Bekenneranruf gemacht haben. Seitdem ist Roberta in Rom inhaftiert. Nachdem sie die ersten drei Tage in Isohaft verbracht hat, ist sie in den Hochsicherheitstrakt verlegt worden, wo sie sich noch heute befindet.
Für den Vorwurf gegen Roberta gibt es keine Beweise. Roberta wurde verhaftet, weil sie eine politisch aktive Frau ist. Die neue italienische Regierung braucht offensichtlich Fahndungserfolge, um eine innergesellschaftliche Zustimmung zu ihrer Politik zu erzeugen und von den eigenen kriminellen Taten abzulenken.
Seit Monaten versuchen die Regierenden zusammen mit den Massenmedien ein Klima des Terrors gegen die DemonstrantInnen von Genua zu schaffen. Damit versuchen sie zu rechtfertigen, daß die Ordnungskräfte in Genua wahllos DemonstrantInnen mißhandelt, verhaftet und in den Polizeistationen gefoltert haben. Ein junger Mann wurde erschossen.
Wer sich bewegt und den eigenen Widerstand gegenüber ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Entscheidungen unserer Regierung Ausdruck verleiht, riskiert, sich in einer solchen rechlosen Lage wiederzufinden.
Wir fordern, dass Roberta Ripaldi bei ihrem morgigen Haftprüfungstermin unverzüglich freigelassen wird!
Hamburg, 19.09.01
FrauenLesbenTransgender-Bündnis für die Freilassung von Roberta Ripaldi



Hamburg: 20% "totale" Sicherheit
Hamburg: 1000 Schillen Out!

Nun ist es passiert. Der populistische Law & Order Ex-Richter Gnadenlos Ronald Barnabas Schill zieht mit seiner Partei in die Hamburger Bürgerschaft ein. Als erste Reaktion hierauf demonstrierten am Wahlabend 1000 Leute gegen den sich abzeichnenden Bürgerblock (eigentlich ein Schwarzer Block, da die CDU in diesem die stärkste Kraft ist). Treffpunkt zur Demo war um 20 Uhr am Dammtorbahnhof in direkter Nähe zum CCH (Congreß Centrum Hamburg), wo die zentrale Wahlaufsicht (oder wie das heißt) ebenso ist, wie die ganzen Wahl-Sonder-Fernsehstudios. Die CCH war weiträumig mit Polizisten an Gittern gesichert. Deswegen wurde der Treffpunkt an den Kriegsklotz/Stephansplatz verlegt. Nach zähen Verhandlungen um eine Demo anzumelden (nicht durch kleine Straßen, Polizei angeblich ohne ausreichend Kapazitäten s.u., usw.). Schon am Treffpunkt waren 4 Wasserwerfer, 1 Räumpanzer und diverse Hundertschaften zu bewundern. Gegen 21 Uhr ging es endlich los. Über den Gorch-Fock-Wall, Sievekingsplatz, Feldstr., Budapester Str., Reeperbahn (leider am Sonntag nur wenig blöde guckende Partygänger und andere Idioten) bis zum Fischmarkt. Zuerst setzte sich ein kleiner Block der DGB-Jugend mit ihren Fahnen an die Spitze der Demo. Nach wenigen Metern wurden sie dann jedoch von Leuten in Schwarz, in Ketten, mit Transparenten überholt. Zu dem Moment gab es kurz die Überlegung bei der Gewerkschaftsjugend die Demo zu verlassen. Wo sie es später genau taten, weiß ich nicht. Auf jeden Fall haben sich die Gewerkschaften in Hamburg, vor allem ver.di, schon früh gegen Schill gewandt. Bleibt zu hoffen, dass trotz dieses ersten kleinen Disputs vernünftige Politik zustande kommt. Die ganze Zeit über blieben die massiven Polizeieinheiten in sicherem Abstand zur Demo zeigten jedoch durch ihre massive Präsenz, dass eine spontane Routenänderung, z.B. in Richtung Innenstadt, nicht möglich war. Die ganze Zeit über wurden viele Parolen gerufen. Von allgemeineren (No Border, No Nation, Stop Deportation - Um Euopa keine Mauer, Bleibereicht für alle und auf Dauer - Hoch die Internationale Solidarität - usw.) bis hin zu dem Anlaß angepaßten (Ronald du Gangster weg vom Fenster, kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat - Schill, du Scheiß-Rassist - No Nation, No Border, Stop Law & Order - Schill die Macht, uns die Nacht, ...kracht, usw.). Am Fischmarkt, wo die Wahlparty der Schill-Partei auf einem Missisippi-Dampfer stattfand, warteten mehrere Hunderschaften Polizei (nicht nur aus Hamburg, sondern auch aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) auf die Demo. So sehen also Kapazitätsprobleme aus. Das Aufgebot an Polizei wirkte wie ein vorauseilender Gehorsam der Polizeiführung an ihren wahrscheinlichen neuen Diensherren (Hoffentlich lassen die sich nie auf ihn vereidigen). Es war auf jeden Fall ein ersten Vorgeschmack auf die neue Atmosphäre in Hamburg. Nach einem kurzen Redebeitrag zog die Demo zurück zur S-Bahnstation Reeperbahn um sich dort aufzulösen. Auf dem Rückweg waren die Polizisten plötzlich eher auf Tuchfühlung als bei der Demo. Sie blieben dabei aber friedlich. Dies wird sicherlich nicht die letze Aktion gewesen sein.

Die drei Ritter der Kokusnuss

Der Abend des 23.9. war der der verlorenen Wetten: mensch hatte sich ja einiges vorstellen können und einige Mutige sahen Schills PRO-Partei durchaus bei 16 %. Als sich dann aber die Partei der berenteten Kleingärtner und Vorstadthundequäler bei über 19% wiederfand, verschlug es denn doch vielen kurzzeitig die Sprache.

Seitdem scheint es so, als wenn Monty Python in dieser Stadt die Regie übernommen hat. Der Spitzenkandidat der CDU fährt das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte für seine Partei ein, darf aber mit seinen 26% Bürgermeister werden. Ein beruflich gescheiterter Amtsrichter, der selbst noch ein laufendes Gerichtsverfahren an den Hacken hat, erklärt sich zum einzigen Retter der Stadt, die vorgeblich im Verbrechen zu versinken droht.

Der Spitzenkandidat der FDP weiss bis wenige Wochen vor der Wahl nicht, mit wem er seine „liberale" Politik verwirklichen will, um sich dann kurz vor der Wahl ausgerechnet auf jene Konstellation festzulegen, in der Liberalität (ist ja eigentlich kein Schimpfwort...) so fehl am Platze ist wie die Blutwurst im veganen Menü.

Der beruflich gescheiterte Amtsrichter freut sich jedenfals offensichtlich, dass er jetzt jeden Morgen mit Polizeieskorte von seiner Doppelhaushälfte in Volksdorf zur Parteizentrale der PRO mit echten LKA-Personenschützern fahren darf.

Zur gleichen Zeit erfährt sein baldiger Chef aus der Zeitung, dass der beruflich gescheiterte Amtsrichter täglich neue Ideen für seine künftige Amtsführung als Innensenator parat hat - und das, obwohl die Richtlinienkompetenz eigentlich beim neuen Chef liegt und vor allen Dingen normalerweise solche Vorschläge nicht zuerst bei der Presse, sondern üblicherweise in den beginnenden Koalitionsverhandlungen geäußert werden sollten.

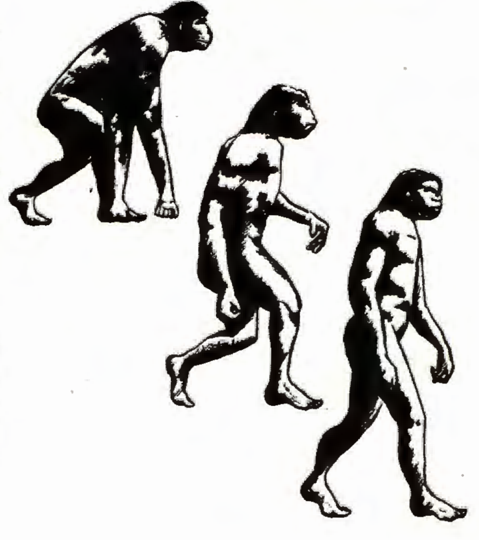
Währenddessen erklärt der FDP-Spitzenkandidat Lange, dass er auf jeden Fall in der künftigen Regierungskoalition die liberale Handschrift gewahrt sehe, während prominente Bundespolitiker der FDP nicht müde werden, zu erklären, dass die liberale Handschrift in der künftigen Regierungskoalition möglicherweise nicht gewahrt sei.

Wahrscheinlich denkt der FDP-Spitzenkandidat das mit der liberalen Handschrift, weil der gescheiterte Richter seinerseits jeden Tag aufs Neue erklären muss, welche seiner Wahlkampfforderungen so nun doch nicht umsetzbar sind: statt 2000 geforderter neuer Polizeistellen waren zuletzt 400 als Zielgrösse im Gespräch, vermutlich wird auch das nicht umgesetzt und stattdessen ein „kommunaler Ordnungsdienst" installiert. Die Reduzierung der Kriminalität um 50% innerhalb von 100 Tagen will Schill nur noch symbolisch gemeint haben (also so eine Art Wahlkampfgag). Die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters wird nicht umsetzbar sein, weil dies nur bundespolitisch machbar ist. Und durch die juristische Fachzeitschrift MOPO musste sich der beruflich gescheiterte Amtsrichter belehren lassen, dass die Räumung der Roten Flora auch nach Einschätzung der Polizei entgegen der Programmaussage der PRO-Partei juristisch nicht möglich, weil rechtswidrig ist. Vielleicht denkt ja der FDP-Spitzenkandidat nur, liberal heisst, sich an die geltenden Gesetze zu halten.

Dafür scheint auf jeden Fall in wesentlichen Bereichen die politische Kontinuität gesichert zu sein: die Forderung Schills nach Rausschmiss von Bettlern aus der Innenstadt kommentierte die SPD mit grossen Worten als „menschenverachtend" - sie musste sich ihrerseits nun durch Schill erklären lassen, dass er sich lediglich die programmatischen Forderungen des Bettlerpapiers des ehemaligen SPD-Innensenators Wrocklage aus dem Jahre 1996 zu eigen gemacht habe. Und auch mit dem Brechmitteleinsatz sieht der Innensenator in spe die Dinge auf einen guten Weg gebracht: bis auf die Tatsache, dass er sich schon eine tägliche Quote von stadtweit 12 bis 15 Brechmitteleinsätzen vorstelle. Polizeiliche Arbeit nach Plansoll. Und was wohl los ist bei der morgendlichen Lage im Büro des neuen Innensenators, wenn es mal „nur" 5 Brechmitteleinsätze am Tag sind??

Fortsetzung folgt.

der Kontaktbereichsautonome



Genua: Die letzten 3 sind aus dem Gefängnis entlassen!

Die letzten 3 aus dem Knast in Genua sind frei!

Noch weiterhin 3 in Hausarrest in Genua und Torino! Am heutigen 3.10. sind zu aller Freude die 3 letzten Leute, die nach dem G8-Gipfel noch in Untersuchungshaft sassen, freigekommen. Michael, Peter und Michael aus Leipzig sind heute um ca. 19.30 Uhr aus dem Gefängnis Marassi nach über 10 Wochen U-Haft rausgelassen worden, nachdem die Staatsanwaltschaft nach der gestrigen Befragung der 3 die Gründe für die Fortführung der U-Haft ebenso wie der Richter nicht mehr für gegeben gesehen hat. Bei der Freilassung wurde ihnen lediglich der richterliche Beschluss, dass sie so schnell wie möglich das Land zu verlassen haben, überreicht. Allerdings wurde in ihrem Fall von der Anwendung des Zwangsmittel der Abschiebung, im Gegensatz zu den meisten anderen Fällen, abgesehen und sie konnten selbständig aus Italien ausreisen. Zwar sind mit dieser Freilassung zur Zeit keine der im Zuge des G8-Gipfels Festgenommenen mehr im Knast, aber 3 Leute sitzen noch in ihren Wohnorten aufgrund schwerer Anschuldigungen im Hausarrest- in Genua und Torino. Ihre Anklagen reichen von illegalem Besitz von bombenfähigen Materialien, Bewaffnung der Demo am 21.7. bis zu Mordversuch, bei einem Weiteren aus Genua läuft ein Strafverfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Nach offiziellen Ankündigungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie nach Einschätzung der italienischen AktivistInnen ist aber in den nächsten Wochen und Monaten mit massiven Repressalien gegen AktivistInnen und politische Strukturen in Italien zu rechnen. Einen kleinen Vorgeschmack darauf hat die grösste Durchsuchungswelle der letzten Jahre, die in ganz Italien gestartet wurde, geliefert, in deren Verlauf ca. 60 Personen verhaftet und nun gegen über 30 Leute wegen der Anschuldigung, Mitglied in einer "subversiven Assoziation" zu sein, anhand verschiedenster Tatvorwürfe ermittelt wird. Der Widerstand und die Soliarbeit gehen weiter!

Hunderte Fotos von PolizistInnen auf der Procura in Genova

Unter diesen ca. 300 Fotos sind etwa 100 vom Gefängnispersonal, das während den G8-Demos und - Polizeiübergriffen im Polizeigefängnis Bolzaneto gearbeitet hat. Beim Pool der StaatsanwältInnen, die die Polizeiübergriffe untersuchen, gibt es zwar Zweifel am Erinnerungsvermögen der Opfer Monate danach und auch eine gewisse Furcht vor Verwechslungen. Mittlerweile sind auch die Vorwürfe und Anzeigen von G8-Opfern aus halb Europa eingetroffen. Die StaatsanwältInnen werden sehr wahrscheinlich in verschiedene europäische Länder reisen (z.B. Deutschland), um mit Hilfe der o.e. Fotos Opfer zu befragen und TäterInnen zu eruieren. Im Falle der "Nacht der Schlagstöcke", dem Überfall auf die Scuola Diaz untersucht der Pool gerade wer an der Seite der Chefs des römischen Squadro del reparto mobile stand. Einige weitere Dutzend G8-Einsatzleiter aus ganz Italien wurden von der Procura vorgeladen. Die Rifondazione Communista von Genova fragt sich unterdessen, für was es eine Studiengruppe zu den Gefängnissen in Ligurien gibt, wenn dieselbe Studiengruppe es ablehnt, die Übergriffe in den Gefängnissen während und nach dem G8 zu untersuchen. Die RC hatte den Antrag gestellt, zu untersuchen, ob und wie es in genuesischen Gefängnissen zu schwerwiegenden Übergriffen gegen G8-Gefangene kommen konnte. Die Übergriffe waren von deutschen Gefangenen, die im Gefängnis Marassi misshandelt worden waren, publik gemacht worden. [Quellen: Il Seccolo XIX, Repubblica, 2.10.01; Zusammenfassung einer schweizer Soligruppe]

Der Oberstaatsanwalt von Genua sucht InformatikspezialistInnen zum Visionieren von Video- und Fotomaterial

Oberstaatsanwalt Francesco Meloni sucht Hilfe bei Bürgermeister Giuseppe Pericu. Freiwillige sind nötig um die ca. 600 Stunden G8-Filmmaterial zu visionieren und zu klassifizieren. 6 Stunden Arbeit für eine Stunde Film auf den Computer zu speichern - macht nach Adam Riese ca. 3600 Arbeitsstunden. Meloni sucht deshalb dringend InformatikspezialistInnen. FilmerInnen sind nachwievor aufgefordert, Kopien ihres Filmmaterials bei der Procura abzugeben. Ob die auf Video oder Zelluloid gebannten unfreiwilligen HauptdarstellerInnen daran ihre Freude haben, ist eine andere Sache. Es werden nämlich alle "StraftäterInnen" angezeigt, egal ob PolizistIn oder DemonstrantIn. [Quelle Repubblica 2.10.01; Zusammenfassung einer schweizer Soligruppe]

Dritte Anzeige gegen Luca Casarini von Tute Bianche

Nach "Widerstand gegen Beamte" (2000, Anti-Biotech-Demo) und " Anstiftung zum Verbrechen" (2001, G8) wird der Pressesprecher von Tute Bianche mit einer dritten Anzeige beglückt: "Anstiftung zur Gewalt". Dies aufgrund der Aussagen von Casarini in Zeitungen im Vorfeld des G8. Eine dicke Akte, vollgestopft mit Aussagen Casarinis in Tages- und Wochenzeitungen wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. [Quelle: Repubblica, 2.10.01; Zusammenfassung einer schweizer Soligruppe]

Infogruppe Berlin

Die Berliner Infogruppe der Genuagefangenen ist über 0162-8033240 zu erreichen; per Post unter Genuagefangene, c/o Infoladen Daneben, Liebigstrasse 34, 10247 Berlin. Per Email kontaktet ihr uns unter genua.presse@uni.de. Wir haben einen Email-Verteiler aufgebaut, über den aktuelle Nachrichten verschickt werden. Wenn ihr aufgenommen werden wollt, schickt einfach eine Mail. Der Ermittlungsausschuß in Genua ist erreichbar unter eamilano@email.com. 04.10.2001 infogruppe der genuagefangenen [berlin]



Vorsicht Nachbarn!

Dass das Schanzenviertel keine kleine heile in einer großen kaputten Welt ist, sollte inzwischen so jedeR mitbekommen haben. Dass hier rassistische Hetze gegen Menschen schwarzer Hautfarbe und die Ausgrenzung von Obdachlosen und DrogenkonsumentInnen das alltägliche Bild prägen wie anderen Orts auch„ ist (leider) bittere Realität. Dass repressive Polizeipraktiken und Vertreibungsszenarien auf rassistisch-reaktionäre Grundstimmungen bei AnwohnerInnen rekurieren können, bleibt nicht verborgen – wenn mensch es denn sehen will. Unser Anliegen ist es an dieser Stelle, ein aus Eigeninitiative von AnwohnerInnen heraus organisiertes Kapitel Schanzenleben an das Licht der (Teil-)Öffentlichkeit zu bringen. Im folgenden dokumentieren wir zwei Briefe der „Anwohner-Interessengemeinschaft gegen Drogendealer in der Schanzenstr." (Eine tiefergehende Psychoanalyse mit Schwerpunkt Projektionen, die Thematisierung der zu Grunde liegenden irrationalen Vorstellungen von Kausalität sowie jeden weiteren Kommentar ersparen wir uns):

„Nr. 95 an Hamburger Behörden: Afrikanische Drogendealer in unserem Wohngebiet (20.7.2001)

An: Herrn Olaf Scholz, Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Sehr geehrter Herr Scholz,

Ist die Schanzenstraße der Mülleimer unserer kranken Gesellschaft?

Beispiel 1 der S-Bahn-Vorplatz: Öffentlicher Platz

Kiosk-Pächter: Kirchenverein „Jesus Center"

Projekt: Beratungsstelle für Alkholiker u. Drogenabhängige

Publikum innerh. Öffnungszeiten: Alkoholiker,. Drogenabhängige

Publikum außerh. Öffnungszeiten: Schwarzafrikanische Drogendealer, Drogenabhängige, Alkoholiker

Auswirkungen: Kriminalität, Lärm, Schmutz, Urin-Gestank

Beispiel 2 die S-Bahn-Brücke: Öffentlicher Gehweg

Bewohner: Kokain/Heroinsüchtiger Drogenabhängiger

Zeitraum: bisher ca 1 Jahr

Auswirkungen: Anziehungspunkt für Drogendealer/-abhängige, Kriminalität, öffentl. Zurschaustellung von Drogenelend

Beispiel 3 der Fix-Stern: Drogeneinnahme-Einrichtung

geplant: Verlagerung vom Schulterblatt zur Schanzenstraße

beschlossen: SPD/GAL Bezirksebene / Empfehlung an den Senat

Auswirkungen: Drogenkriminalität/Drogenelend (s. „Drop Inn" Hbf) (falls realisiert)

Beispiel 4 die Toiletten: Vorplatzumgebung, Sportplatzmauer, Bäume, Büsche

Benutzer: Gäste/Kunden der Dönerimbisse: Dürum (Nr. 115), Taxi-Imbiss (Nr. 113), Dönerimbiss (Nr. 101); „Fulladu"; Vorplatz-Kiosk; Alkoholiker, Dealer, Drogenabhängige

Auswirkungen: Gestank, Zurschaustellen v. persönlichen Bedürfnissen

Beispiel 5 die Beleuchtung: Schanzenstr.: Kl. Schäferkamp – Bahnhofvorplatz

Schanzenstr.: S-Bahn-Brücke – Lagerstraße

Straßenlampen: keine

Auswirkungen: Drogenkriminalität, Urin-Gestank

Beispiel 6 der Wildwuchs: Schanzenstr. (Kl. Schäferkamp – Lagerstraße)

Auswirkungen: Drogenhandel/-Depots zw. Kl. Schäferkamp – Vorplatz; Drogenhandel/-Depots zw. S-Bahn-Brücke/Lagerstr.

Beispiel 7 die Schanzenstr.: Schwarzafrikan. Drogendealer vor Hauseingängen
Nr. 101 (neben Döner-Imbiss)
Nr. 111 (neben Musikkeller)
Nr. 113 (neben Taxi-Imbiss)
Nr. 115 (neben Dürum)

Zeiten: freitags/sonnabends nachts – morgens

Auswirkungen:Drogenhandel/Lärm/Schmutz

Mit der Bitte um behördenübergreifende Sofortmaßnahmen zur Reduzierung der Drogenkriminalität und Verslummung der Schanzenstraße"

„Brief Nr. 97 an Hamburger Behörden: Afrikanische Drogendealer in unserem Wohngebiet (11.8.2001)

An: Herrn Dr. Jürgen Mantell, Bezirksamtsleiter, Bezirksamt Eimsbüttel

Einspruch Sehr geehrter Herr Dr. Mantell, wie wir kürzlich erfahren haben, haben Sie der Polizei schriftlich mitgeteilt, dass Sie nunmehr offiziell verfügt haben, Herrn Boris Z. eine ca. 10 qm große Fläche des öffentlichen Gehwegs unter der S-Bahn-Brücke Sternschanze als ständiges Wohn- und Schlafquartier zu überlassen. Herr Z., der nach eigener Darstellung (Hinz und Kunzt Februar 2001, S 10/11) seit ca. 15 Jahren heroin- und kokainabhängig ist, bewohnt den öffentlichen Gehweg bekanntlich seit ca. einem Jahr. Am 11.5.2001 (Brief Nr. 81) hatten wir uns bei der Wegeaufsichtsbehörde des Bezirksamts Eimsbüttel erkundigt, ob Herr Z. vom Bezirksamt Eimsbüttel eine Erlaubnis zur Sondernutzung gem. § 19 (1) Hamb. Wegegesetzt erhalten hat, wonach gesetzlich vorgeschrieben ist, dass jede Benutzung der öffentlichen Wege, die ihren Gebrauch durch andere dauernd ausschließt oder in den Wegekörper eingreift oder über die Teilnahme am allgemeinen öffentlichen Verkehr (Gemeingebrauch) oder den Anliegergebrauch hinausgeht, Sondernutzung ist und der Erlaubnis der Wegeaufsichtbehörde bedarf.

Am 22.5.2001 ließen Sie uns durch Ihre Rechtsamtsleiterin, Frau Heike Heuer mitteilen, dass das Bezirksamt die zuständige Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales kontaktiert habe und bestrebt sei, Herrn Z. eine angemessene Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Die BAGS wiederum teilte uns am 2.7.2001 durch das Amt für Gesundheit (Herrn Sven Kammerahl) auf Veranlassung von Frau Senatorin Roth auf unseren Brief Nr. 78 an diese mit, daß der Behörde nicht bekannt sei, „dass Herr Z. den Wunsch geäußert hat, an seiner Lebenssituation etwas zu ändern" und „eine Entscheidung, nicht auf der Straße leben zu wollen, jedoch die Voraussetzung ist, um eine Obdachlosigkeit zu beenden". Herr Kammerahl wies auf das Bedauern seiner Behörde hin, „dass es trotz des umfangreichen Hilfsangebots in Hamburg immer wieder Personen gibt, die sich für einen Weg außerhalb dieser vielfältigen Möglichkeiten entscheiden und Herr Z. zu dieser Personengruppe zu gehören scheint". Mit Ihrer oben erwähnten schriftlichen Verfügung an die Polizei haben Sie nun offiziell die von Herrn Z. besetzte Gehwegsfläche als rechtsfreien Raum erklärt. Hierin sehen wir eine gravierende Verletzung des Legalitätsprinzips und erheben dagegen Einspruch. Anläßlich einer Einladung des Innensenators, Herrn Olaf Scholz wurde diesem eine Protest-Liste von 28 Geschäftsinhabern der Schanzenstr. überreicht und in einem fast zweistündigen Gespräch u.a. auf diese unzumutbare Beeinträchtigung für Anwohner und Gewerbetreibende hingewiesen. Die durch Herrn Z. verursachte Verslummung der Schanzenstraße stellt nicht nur eine Verletzung des Hamb. Wegegesetzes dar sondern tangiert auch §3 SOG (Störung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung) §§ 29,30 BTMG (Handel und Erwerb von Drogen). Es ist uns unbegreiflich, wie ein Bezirksamtsleiter der Freien und Hansestadt Hamburg sich über all diese Gesetze hinwegsetzen und Proteste der Anwohner und Gewerbetreibenden einfach ignorieren kann, um für einen einzelnen Drogenabhängigen Mitbürger einen rechtsfreien Raum zu schaffen. Unsere Schreiben Nr. 94 und 95 haben wir am 20.7.2001 zusammen mit der erwähnten Unterschriftenliste Herrn Scholz übergeben und um behördenübergreifende Sofortmaßnahmen zur Reduzierung der Drogenkriminalität und Verslummung der Schanzenstr. gebeten (..) Heike Thomas-Walker in Namen und Auftrag der Anwohner-Interessengemeinschaft gegen Drogendealer in der Schanzenstr. 95-121"

(Nachsatz:. Das 100. Brief-Jubiläum wäre sicher ein geigneter Zeitpunkt mal deutlich zu sagen, was von dieser verquirlten Scheiße zu halten ist.)

Komitee zur Beobachtung der Nachbarschaft

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

„Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gibt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht... Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze!" (Karl Liebknecht, Gruppe Internationale, Mai 1915)

In den nächsten Tagen wollen die USA und die NATO beginnen, sich für den Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon zu rächen. Die radikale Linke ist schwächer und gespaltener denn je. 12 Jahre nach dem Ende des Realsozialismus fordert die westliche Hegemonie ihren Tribut. Die Terroranschläge sind eine Konsequenz der weltweiten kapitalistischen Verhältnisse. Osama bin Laden war den NATO-Staaten im Krieg um Bosnien in den 90er Jahren noch ebenso recht wie als Akteur im staatsterroristischen Kalkül in Afghanistan gegen die Rote Armee in den 80er Jahren. Die Anschläge des 11. September 2001 folgen der gleichen Strategie der terroristischen Einschüchterung und Panikmache, welche bin Laden vom CIA gelernt hat.

Diejenige, die die Anschläge in den Gesamtzusammenhang einer imperialistischen Politik stellen, sind in einer kleinen Minderheit. Viele, die jetzt demonstrieren, wenden sich nur gegen die kriegerischen Handlungen als solche, ohne zu kritisieren, daß die Anschläge ebenso jenseits jeglicher Emanzipation sind wie die gesellschaftlichen weltweiten Verhältnisse, auf welche die Attentäter reagieren. Die Anschläge reproduzieren die Brutalität dieser Verhältnisse auf schreckliche Weise, wobei die Opfer nun in den Metropolen anstatt im Trikont zu beklagen sind.

In einem Aufruf aus dem Umfeld der WählerInnenvereinigung Regenbogen und den Hamburger VertreterInnen der Bundes-PDS werden „das Entsetzen, die Trauer und die Solidarität der Bevölkerung" mit den USA beschworen. Die UnterzeichnerInnen wollen, daß die „Verantwortlichen für die Anschläge ermittelt und vor Gericht gestellt werden". Es gelte „Strategien zur Verhinderung solcher Anschläge" zu entwickeln.

Regenbogen & Co kritisieren also nur die Taktik der imperialistischen Zentren im Umgang mit vermeintlichen oder realen Widersachern. Sie fordern, die Täter zu ergreifen und vor allem die bessere Strategie zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Hegemonie zu entwickeln. Der positive Bezug auf das „Volksempfinden" macht deutlich, daß die kriegsvorbereitende Propaganda der letzten Wochen übernommen wird. Die Angst vieler Menschen vor Terroranschlägen und die persönliche Identifizierung mit den Opfern ist in den Medien und von den NATO-Staaten gefördert und für Kriegspropaganda genutzt worden. Es steht außer Frage, daß ein Anschlag gegen Zivilisten durch nichts zu rechtfertigen ist. Doch geht es bei einer politischen Bewertung darum festzustellen, daß jetzt geerntet wird, was jahrzehntelang an Ausbeutung gesät wurde. Wer registriert z.B. in der allgemeinen Scheinheiligkeit, daß gegenwärtig in Zentralamerika eine Hungersnot herrscht, weil die Kaffeepreise durch die USA und die EU auf dem kapitalistischen freien Weltmarkt ins Bodenlose gedrückt worden sind.

Es kann also nicht nur darum gehen, aktiv Anschläge wie die in den USA zu verhindern, - dies ist auch gar nicht möglich – sondern die Politik, die solchen Taten den Boden bereitet. So verwundert es nicht, daß die USA die islamischen Bewegungen in Afghanistan nicht nur in den achtziger Jahren mit aufgebaut haben, sondern die Talibanbewegung über den militärische Geheimdienst in Pakistan bis zuletzt unterstützt haben. Zginiew Brezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter und in den achtziger Jahren mit der Protegierung islamistischer Kämpfer gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans betraut, erklärte im Rückblick, allerdings vor den letzten Anschlägen: „Was sind schon die Probleme mit den Taliban im Vergleich damit, daß die Sowjetunion zusammengebrochen ist." Die Vorteile aus dem Sieg über die Sowjetunion und dem seitdem weltweit nahezu uneingeschränkten kapitalistischen Weltmarkt überwiegen nicht nur aus Brezinskis Sicht bei weitem die Scherereien mit einer lokalen fundamentalistischen Diktatur. An deren Disziplinierung läßt sich jetzt wieder die eigene militärische Stärke der NATO und ihre internationale Dominanz demonstrieren: NATO rules.

Aus Sicht der US-Regierung geht es jetzt vordergründig darum, die militanten Strukturen derjenigen, die real oder angeblich hinter den Anschlägen stehen, zu zerstören. Hauptsächlich soll jedoch die ideologische Hegemonie der pax americana wieder hergestellt werden. Denn die USA können mit vergleichbaren Anschlägen nicht militärisch geschlagen, sondern nur symbolisch und moralisch verletzt werden.

Für die Bundesregierung und diejenigen, die ihren Kurs unterstützen, geht es als Juniorpartner der USA um die Wahrung des imperialistischen Status Quo als solchen. Im Rahmen der innerimperialistischen Konkurrenz soll nach 1989 jedoch auch die militärische Handlungsfreiheit gestärkt und der wirtschaftliche Einfluß ausgedehnt werden, beispielsweise durch einen Ausgleich mit arabischen Staaten. Innenpolitisch wird eine rassistische Gesetzgebung und polizeistaatliche Aufrüstung vorangetrieben.

Ziel unseres Handelns muß also sein, jeglichen Imperialismus zu bekämpfen, insbesondere jedoch den deutschen, da wir für dessen Handlungskontext verantwortlich sind und diesen am besten beeinflussen können. Die politische Auseinandersetzung sollte auch mit denjenigen gesucht werden, die zwar kriegerische Handlungen ablehnen, nicht jedoch den Imperialismus als solchen. Es ist noch offen, inwieweit Aktionsbündnisse mit solchen PazifistInnen sinnvoll sind. Denn eine grundlegende Veränderung hier und anderswo ist nur möglich, wenn der Hauptfeind im eigenen Land ausgemacht wird.

Gruppe demontage, 21. Sept. 2001



Beitrag der Meßstelle auf der Demonstration "Krieg ist nicht die Antwort", Bremen, 22.09.2001 zum Anschlag gegen die USA

Es herrscht Krieg, aber das ist nichts Neues, neu ist nur, daß der Krieg plötzlich näher gerückt ist, und die USA, das westliche Bündnis, und vielleicht auch wir selbst zu den Angegriffenen gehören. Das World Trade Zentrum und das Pentagon, diese Symbole für weltweit ökonomische und militärische Vorherrschaft der USA und auch der gesamten "westlichen Wertegemeinschaft", Symbole für Macht, Überlegenheit, Unangreifbarkeit, Expansion, globale Hegemonialpolitik zeigen sich plötzlich verwundbar. Das erschüttert den Stolz, das Selbstbewußtsein der amerikanischen Nation und wirft viele Fragen für die Zukunft dieser Welt wieder neu auf. Aber es war nicht nur ein Angriff auf die Symbole der Macht, es war auch ein Angriff gegen ganz konkrete Menschen. Wir lehnen solche Angriffe gegen Zivilisten, gegen nicht unmittelbar Beteiligte oder Verantwortliche, als eine Form des politischen Kampfes auf das Entschiedenste ab. Wir drücken allen Betroffenen unser tiefes Mitgefühl aus - und da gibt es kein wenn und aber. Fundamentalismus, Dogmatismus, Fanatismus - wo immer sie auftreten, ob im Westen oder Osten, ob im Christentum oder im Islam oder sonstwo - sind immer Grundlage dafür, sich nicht für eine Welt ohne Hierarchien einzusetzen, sondern sich selbst in den Mittelpunkt dieser Welt zu stellen. Sind Grundlage für die Funktionalisierung von Menschen für politisches Machstreben, nach dem Motto: »der Zweck heiligt das Mittel«. Ausdruck ist auch, die Menschen nicht in ihrer gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit zu begreifen, sondern an abstrakten Kategorien - wie "gut" und "böse", "zivilisiert" und "unzivilisiert" - zu messen, "Wahrheiten" außerhalb jeder gesellschaftlichen Verhältnisse zu definieren. Diese ideologischen Vorstellungen haben mit unseren Utopien von einer Welt, solidarisch und ohne Herrschaft, nichts zu tun. Es ist traurig und erschütternd, wenn Menschen auf diese Art in New York verletzt und getötet wurden. Für uns ist es genauso traurig und erschütternd wenn Menschen z.B. in Jugoslawien von den amerikanischen Bomben verletzt und getötet wurden. Da stellt sich schon die Frage, weshalb jetzt so viele Menschen entsetzt sind, aber im Jugoslawienkrieg bereit waren, die vielen Toten und Verletzten als Kollateralschäden hinzunehmen. Und es ist kein Naturgesetz, wenn weltweit täglich viele Menschen an Hunger, leicht zu heilenden Krankheiten und Krieg sterben, ohne daß davon hier jemand besonders Notiz nimmt.

Zu den politischen Hintergründen

Für den Anschlag. Verschließen wir nicht die Augen davor: der Angriff war nicht nur ein Angriff von einigen durchgeknallten Fanatikern, sondern ist weltweit bei vielen Menschen auf Sympathie gestossen. Über was freuen sich diese Menschen, sollten wir uns fragen. Unserer Kenntnis nach ist es nicht der gewaltsame Tod der vielen Tausenden. Sie drücken ihre Freude darüber aus, daß die Menschen in New York und Washington ein Beispiel davon erleben, was sie alle schon in weitaus größerem und schrecklicherem Ausmaß erlebt hatten und heute noch erleben müssen - verursacht oder mit Beteiligung der Weltmacht USA. Es gibt gute Gründe dafür, warum die US-Regierung in vielen Teilen der Welt verhaßt ist. Und wir müssen nach diesen Gründen fragen - und dabei geht es auf keinen Fall um eine Aufrechnung und schon gar nicht darum, die Tat in New York und Washington zu rechtfertigen - , sondern wir müssen nach den Gründen fragen, wenn wir uns an einer Zukunft ohne Krieg, Gewalt und Ausbeutung beteiligen wollen, und wir deshalb nicht bereit sind, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu verteidigen. Die USA dehnen ihre Macht bis in den letzten Winkel der Erde aus und zwingen den Völkern ihr Wirtschaftssystem auf. Ohne Rücksicht auf Schäden, die sie damit anrichten. (heute wird das kapitalistische Globalisierung und Neoliberalismus genannt). Die Welt bietet den unterdrückten Völkern zur Zeit nicht viel Hoffnung. Und es ist die Hoffnungslosigkeit und Einflußlosigkeit, die Menschen zu solchen Handlungen wie in New York und Washington treibt. Robert Bowman, Bischof der Vereinigten katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida sagt dazu Folgendes: »Es wird verbreitet, wir (gemeint sind die USA) wären das Ziel des Terrorismus, weil wir für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stehen. Unsinn! Wir sind das Ziel der Terroristen, weil unsere Regierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht. Wir sind das Ziel der Terroristen, weil wir gehaßt werden. Und wir werden gehaßt, weil unsere Regierung hassenswerte Taten begangen hat. In wievielen Ländern haben die Vertreter unserer Regierung Führer, die von der Bevölkerung gewählt waren, abgesetzt und durch Militärdiktatoren ausgetauscht, die nichts anderes als Marionetten und bereit waren, ihre eigenen Bürger an amerikanische Großkonzerne zu verkaufen? ... Wir taten dies in Chile. Wir taten dies in Vietnam. Und wie oft haben wir es in Nicaragua und anderen Ländern getan? ... Wir taten dies im Iran, als die US-Marine und das CIA Mossadegh absetzten, weil er die Ölindustrie nationalisieren wollte. Wir ersetzten ihn durch den Schah, und wir bewaffneten, trainierten und bezahlten dessen Geheimpolizei, die die Menschen im Iran versklavte und terrorisierte, nur um die finanziellen Interessen unserer Ölkonzerne zu schützen. Ist es ein Wunder, daß es Leute im Iran gibt, die uns hassen?« - soweit der Bischof. Wer in den USA will heute schon daran erinnert werden, daß z.B. Osama bin Laden zu Zeiten der sowjetischen Besatzung Afghanistans ein Verbündeter war, der auf die Unterstützung der CIA zählenkonnte? Der Gotteskrieger und heute »meistgesuchte Terrorist« war zu Zeiten des Kalten Krieges ein »Freiheitskämpfer«. Die Liste der Gräueltaten und kriegerischen Auseinandersetzungen der USA läßt sich beliebig fortsetzen - fast überall, wo es auf der Welt Krieg gibt, sind die USA beteiligt. Zur Erinnerung einige Stichpunkte: Hiroshima (06.08.45) und 2 Tage später Nagasaki, Korea (25.06.50 - 27.07.53), Kuba (1961), Vietnam (1964 - 1975), Chile (11.09.1973), Nicaragua (1983), Finanzierung von Todesschwadronen in Zentralamerika und Kolumbien, Grenada (1983), Panama (1989), Irak (1991), Sudan (1998), Jugoslawien (1999/2000), (die Rolle der USA im Palästina/Israel-Konflikt), u.s.w. Und es soll nicht vergessen werden, daß die USA der größte Versorger der Welt mit "konventionellen Waffen" ist. Empörung über den Anschlag, um von den eigenen Verbrechen der eigenen Aggression abzulenken und die eigene Macht zu stabilisieren?

Jetzt ausschließlich einzelne Menschen oder Gruppen für die Anschläge in den USA verantwortlich zu machen soll von den eigentlichen Ursachen, den eigenen Verbrechen ablenken. Denn nach den Ursachen zu fragen würde auch heißen, die eigenen Machtverhältnisse zur Diposition zu stellen. In diesem Sinne verkündet Bundeskanzler Schröder: »Das ist eine Kriegserklärung an die gesamte zivilisierte Welt« und sichert den USA "uneingeschränkte Solidarität" zu - eine Arroganz, die von zwei Dritteln der Menschheit als purer Rassismus empfunden werden muß. Offiziell wird von den Repräsentanten des westlichen Bündnisses gesprochen: von Anschlag auf die Zivilisation, auf die Freiheit, auf die Demokratie, auf die Menschlichkeit und auf die Menschenrechte, auf die Grundwerte der freiheitlichen Welt. Damit wird versucht zu suggerieren: wir sitzen alle in einem Boot, wir müssen jetzt gegen das "Böse" zusammenhalten. »Entweder ihr seid für uns, oder ihr steht auf der Seite der

Terroristen« sagte der Präsident der USA Bush in seiner Regierungserklärung Freitag morgen. Da wird die Volksgemeinschaft geschmiedet, ein neuer Nationalismus beschworen. 1914 zur Vorbereitung des I. Weltkrieges sagte Kaiser Wilhelm: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche«, jetzt heißt es: »ab heute sind wir alle Amerikaner« . Kein Mensch hier war Jugoslawe, als Jugoslawien bombardiert wurde. Es ist auch kein Mensch Afrikaner, sondern höchstens froh, keiner zu sein, wenn dort die Menschen verhungern, damit wir billige Nahrungsmittel haben.
Da wird ein Klima erzeugt, indem es gefährlich ist, Kritik zu äußern ohne gleich auf die Seite der Täter von New York und Washington gestellt zu werden. Ein Klima, in dem alle zusammenhalen müssen, um den inneren und äußeren Feind zu bekämpfen. Ein Klima gegen Menschen ausländischer Abstammung, gegen Flüchtlinge, sowie gegen linke außerparlamentarische Opposition. So haben schon bald PolitikerInnen die Bilder der Schutthaufen und der Toten benutzt, um ohne massenhaften Widerspruch mehr Gelder für Polizei und Militär zu verlangen, um größere Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten für den Staat und eine weitere Verschärfung des AusländerInnengesetzes zu fordern, die Bildung paramilitärischer Polizeiverbände aus Polizei- und Bundeswehrkräften, einer Art Nationalgarde zur Aufstandsbekämpfung, wird von Bundesinnenminister Schily in die Diskussion gebracht. Der Ruf nach mehr Sicherheit und dem starken Staat war selten so laut wie heute. Der latente Rassismus, der immer Teil dieser Gesellschaft war, bricht immer offener auf. Mit der Drohung der NATO, eine militärische Operation bis hin zu einem Krieg gegen vermeintliche Urheber zu führen, wird die Spirale der Rüstung und Gewalt weiter angefacht und das scheint zur Zeit durchaus auf massenhaften Konsens zu stoßen.
Ohne soziale Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. Die Logik der kapitalistischen Weltordnung, die die Menschheit nach Verwertbarkeit normiert und selektiert, scheint jetzt eine neue Stufe erreicht zu haben. Mit ideologisch aufgeladenen Floskeln wie "freie Welt", "Demokratie", "westliches Wertesystem" wird versucht, die Bevölkerung zu formieren, sich bedingungslos in das kapitalistische Weltgefüge einordnen zu lassen. Wer nicht mitmacht, wird zum Feind erklärt. Deshalb halten wir es auch gerade jetzt für wichtig, zu betonen, daß der Widerstand gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung notwendig ist. Vergessen wir nicht, daß drei Viertel der Menschheit unter Massenarmut, ökonomischer Ausplünderung und sozialer Ausgrenzung in ihren Ländern leiden und das durch die Bedingungen, die ihnen von den reichen Mächten aufgezwungen werden - und vergessen wir nicht, daß sie durchaus auch auf unsere Solidarität angewiesen sind, auch in unserem eigenen Interesse, der Utopie einer menschlichen, solidarischen Gesellschaft. Es gibt keine anständigen, ehrenvollen, sauberen Kriege. Krieg ist immer ein entsetzliches Verbrechen. Die Grundlagen, die den Haß hervorbringen, müssen beseitigt werden. Ohne soziale Gerechtigkeit, ohne gerechte Verteilung der Ressourcen wird es keine Sicherheit, keinen Frieden geben.
Was jetzt unmittelbar ansteht, ist die Ausweitung des Krieges. Und da sollten wir die unterschiedlichen parteipolitischen Interessen, die unterschiedlichen politischen Positionen nicht zum Kriterium für Ausgrenzung, sondern zum Kriterium für gemeinsame Auseinandersetzung machen. Zusammenkommen nicht aus Opportunismus oder aus einem gegenseitigen taktischen Verhältnis heraus, sondern durchaus um voneinander zu lernen, um gemeinsam voranzukommen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Alle, die gegen den Krieg und für eine gerechte Welt sind, müssen sich jetzt zusammeschließen.
Zuletzt will ich mir eine persönliche Bemerkung erlauben:- die Bilder des Anschlags in New York und Washington erfüllt mich mit Entsetzen und Trauer. Ich stehe voller Kritik und entschiedener Ablehnung der menschenverachtenden Aktion gegenüber.- Ich bin voller Wut gegenüber der Ignoranz und Überheblichkeit, mit der Bush, Schröder, Fischer u.s.w. die momentane Situation für ihre Machtinteressen funktionalisieren. Wir sollten das als einen neuen Impuls begreifen, dazu beizutragen, diese Machtverhältnisse zuverändern. Aus der "Rede für den Frieden" von Bertolt Brecht, 1952: »Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.
dem kann ich mich nur anschließen!







Gegen Krieg, Rassismus und Repression!

Die USA und ihre Verbündeten sind zum Krieg entschlossen. Der Kriegsgegner ist zwar nicht genau definiert, aber jederzeit ist mit dem Einsatz von Bomben und dem Einmarsch von Truppen zu rechnen. Als Rache für die Anschläge in Washington und New York am 11.9. wurde in den USA die Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt. Flugzeugträger und Kampfflugzeuge sind in den Persischen Golf verlegt. Der Tod von Osama Bin Laden und das Ausschalten vermuteter Terrornetzwerke ist das vorgebliche Ziel. Ein Ziel, bei dem die NATO-Staaten willentlich unzählige Tote und die Zerstörung von Ländern und Regionen einkalkulieren.

Die Terroranschläge gegen das World Trade Center in New York und gegen das Pentagon in Washington galten Symbolen der US-Herrschaft - zivilen wie militärischen, die in ***einer*** koordinierten Aktion angegriffen wurden. Um sie zu treffen, wurden von den Tätern Tausende Menschen ermordet. Dies ist abscheulich und ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Die Terroranschläge stehen konträr zum Verständnis von emanzipatorischer Politik. Sie schränken Möglichkeiten emanzipatorischer Politik weiter ein und werden von den Herrschenden in den kapitalistischen Metropolen zum Anlass genommen, um den repressiven Staatsapparat auszubauen.

Wer die Täter waren und welche "Hintermänner" sie haben, ist völlig offen. Bei allen Spekulationen sind wir abhängig von den gefilterten, wenn nicht offen manipulierten offiziellen Informationen, die - wie wir zuletzt beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien erleben mussten - Teil der Kriegführung sind. Völlig unbewiesen sind Verbindungen der Tatverdächtigen zu Osama Bin Laden und zu der von diesem angeblich befehligten "Internationale des Terrors". Nicht hilfreich sind aber auch Verschwörungstheorien über die Verwicklung von Regierungen, Geheimdiensten oder "Kapitalfraktionen" als geheime Auftraggeber, auch wenn ganz andere Täter oder Mittäter - z.B. US-amerikanische Nazis - vorstellbar sind und das weltweite "Versagen" der Geheimdienste Fragen aufwirft.

Bei den Spekulationen über die Täter und ihre Motive ist häufig das Argument zu hören, Terror sei "die Waffe der Ohnmächtigen". Das mag ebenso stimmen wie das - auch von Linken - gern zitierte Sprichwort: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten". Zurückzuweisen ist die Schlussfolgerung, die Anschläge seien die "unvermeidliche Folge" der US-Politik oder der kapitalistischen Herrschaft, denn das würde die Täter entschuldigen, die aber für ihre Taten voll verantwortlich sind.

Die westlichen Medien reagieren auf die Anschläge mit einer beispiellosen Emotionalisierung. "Trauer und Betroffenheit" werden verordnet, "Solidarität mit Amerika" wird gefordert. "Wir alle" sollen plötzlich "Amerikaner" sein. So ehrlich das Entsetzen über die Anschläge bei vielen sein mag - vor allem bei Jugendlichen, die Angst um ihre Zukunft haben - , so verlogen klingen die Betroffenheitsfloskeln aus dem Mund von PolitikerInnen und KriegsberichterstatterInnen, die Massaker und Völkermorde mit noch viel mehr Opfern für gewöhnlich achselzuckend zur Kenntnis nehmen oder, wie in Jugoslawien, zivile Opfer als "Kollateralschäden" in einem Krieg für "humanitäre" Zwecke rechtfertigen. Der verordneten selektiven Trauer und der demonstrativen "Solidarität mit Amerika" verweigern wir uns - auch weil das Entsetzen über die Anschläge für reaktionäre politische Projekte und militärische Abenteuer instrumentalisiert wird.

Medien und PolitikerInnen verbreiten gezielt ein Gefühl ständiger Bedrohung durch den Terrorismus. Mit der Behauptung, es könne jedeN treffen, sollen repressive Maßnahmen legitimiert werden: Sicherheit sei wichtiger als Freiheit. Die angeblich allgegenwärtige Terrorgefahr dient als Universalargument nicht nur für staatliche Projekte wie die weitere Verschärfung des geplanten Einwanderungsgesetzes, die Einschränkung des Datenschutzes, die Aufrüstung der Polizei oder gar den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Mit diesem Argument wird auch eine geistige Mobilmachung betrieben. Der Islam wird als Feindbild konstruiert. Die den Bürgerinnen und Bürgern verordnete "Wachsamkeit" gegen "verdächtige" AusländerInnen schürt ein Klima, in dem nicht nur massenhafte Denunziationen, sondern auch noch mehr rassistisch motivierte Anschläge zu befürchten sind. Schon jetzt sind dem rassistischen Mob in den USA mehrere vermeintliche Araber zum Opfer gefallen, schon jetzt berichten islamische Einrichtungen in Deutschland von massiven Drohungen.

In den USA hat die Kriegshetze nie erreichte Ausmaße angenommen. Präsident Bush und die politische Elite sprechen von "Kreuzzug" , "Armageddon" und dem "Kampf zwischen Gut und Böse"" in dem auch Staaten "beendet" werden könnten. Schon diese Wortwahl ist ein Beweis für die Barbarei in Mitten der "Zivilisation", die nun angeblich gegen die "Unzivilisierten" verteidigt werden soll. Dass der verbalen Aggression bald kriegerische Taten folgen, ist wahrscheinlich. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung findet, dass Vergeltung gerechtfertigt und notwendig sei. Gegen wen sie sich richten wird, ist schwer voraussehbar, auch wenn Afghanistan derzeit am häufigsten als Ziel genannt wird. Es kommen aber auch andere Ziele in Frage, die aus der langen Liste der "Schurkenstaaten" relativ beliebig auswählbar sind.

Über begrenzte Vergeltungsschläge hinaus hat die US-Regierung einen "langjährigen Krieg gegen den Terrorismus" angekündigt. Zu den potenziellen Schauplätzen dieses Krieges gehören diverse Konfliktregionen; als Gegner sind Staaten und ihre Regierungen ebenso vorstellbar wie aufständische Bewegungen oder sonstige Unruhefaktoren. Sollten die USA ihre Drohung wahr machen, dann ist die Gefahr weltweiter Eskalation offensichtlich. Weil die Angegriffenen und ihre Verbündeten sich wehren und auch weil die einstigen Feinde und neuen Partner der USA, insbesondere Russland und China, dann erneut in Konflikt mit der globalen Führungsmacht geraten würden.

Obwohl die Ziele militärischer Vergeltungsschläge noch gar nicht definiert sind und obwohl das Eskalationsrisiko unkalkulierbar ist, erklären die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der PDS, Deutschland werde den angedrohten "Feldzug" mitmachen, wenn die US-Regierung dies wünscht. Von den PolitikerInnen und KommentatorInnen, die vor unüberlegten Handlungen warnen, empfehlen viele eine größere Eigenständigkeit Europas, auch auf militärischem Gebiet. Das kann keine Alternative sein, weil es an der zu Grunde liegenden kriegerischen Logik nichts ändern würde. Andere, darunter SpitzenpolitikerInnen, versuchen den Eindruck zu erwecken, wir befänden uns bereits im Krieg, und es gebe kein Zurück mehr. "Jetzt hilft kein Wegducken", erklärte Joschka Fischer, während Angela Merkel besonneneren Kräften vorwarf, sie wollten sich ins "Hinterzimmer der Gemütlichkeit" zurückziehen. Nicht nur in der Massenpresse, auch in "seriösen" Blättern finden sich noch markigere Worte. Gerade Intellektuelle sind sich nicht zu schade, mit ihrem Geraune von einer am 11. September vollzogenen "Zeitenwende" und dem Schlachtruf vom "Kampf der Kulturen" die Kriegsstimmung zu schüren.

Mit ihrer Zustimmung zum NATO-Bündnisfall haben sich die Grünen erneut als Kriegspartei erwiesen. Die innerparteiliche Opposition ist gegenüber 1999, als die NATO gegen Jugoslawien in den Krieg zog, noch kleiner geworden. Auch wenn die Linken, Friedensgruppen und kirchliche Kreise, die sich dem Kriegskurs und der inneren Aufrüstung widersetzen, heute eine kleine Minderheit sind - Opposition ist nötig gegen Krieg und Burgfrieden, gegen den Polizei- und Überwachungsstaat und gegen die rassistische Formierung der Gesellschaft.

ak-Redaktion, 21.09.

Sieben Thesen zur Lage

1. Das ist kein Krieg.
Auch wenn die Dimension der Terroranschläge schockierend ist: Das ist kein Krieg. Bis jetzt noch nicht. Kriege sind bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder Bürgerkriegsparteien in einem Land; Krieg erfordert einen bekannten Gegner, dessen militärische Struktur angegriffen werden kann. Das Etikett "Krieg" lenkt ab von der Fragwürdigkeit von blinden Vergeltungsschlägen, die vorwiegend aus symbolischen und innenpolitischen Gründen forciert werden. Es sei daran erinnert, dass z.B. die "Ziele" im Sudan, die 1998 von den USA bombardiert wurden, sich nachträglich als "Irrtum" herausstellten. Terror wird durch Gegenterror nicht bekämpft, und er rechtfertigt ihn nicht.

2. Es kommt jetzt alles darauf an, keinen Krieg daraus zu machen. Die Rhetorik vom Krieg und die Politik des Gegenschlags spielt in leichtfertiger Weise mit der Gefahr eines tatsächlichen Krieges, vor allem eines Krieges zwischen dem Westen und arabischen Ländern. Zweifellos geht Terror in der Welt auch vom Boden der USA und Europas aus; dass eine Bombardierung entsprechender "Zentren" nicht verständnisvoll hingenommen werden kann, erleben wir gerade. Dasselbe gilt für Länder in Asien, Afrika oder Nahost aber auch. Aktuell ist es der Westen, der einen Angriffskrieg gegen arabische Staaten vorbereitet, der bereits als Krieg des Guten gegen das Böse abgefeiert wird. Die Geschwindigkeit, mit der angebliche "Erkenntnisse" produziert werden, ist mehr als fragwürdig. Die Leichtfertigkeit, mit der das Risiko eines tatsächlichen Krieges in Kauf genommen wird, ist ebenso schockierend wie das Desinteresse an den Menschen, deren Leben direkt und indirekt gefährdet wird.

3. Das ist kein Anschlag gegen die Freiheit, nicht einmal gegen den Kapitalismus, und es läßt sich auch keiner draus machen. - Mit den verheerenden Anschlägen ist weder die "freie Welt", sprich der Westen, noch die "zivilisierte Welt", sprich die Industriestaaten, auch nicht die "Demokratie", sprich der Kapitalismus angegriffen worden. Abgesehen davon, dass man bis jetzt nicht weiß, wer die Anschläge mit welchem Ziel durchgeführt hat, richten sie sich gegen Symbole der USA als weltweiter Interventionsmacht, ökonomisch und militärisch. Das ist eine relativ spezielle Botschaft. Die Rede vom "Angriff auf die Freiheit" bäckt dieses spezifische Gewaltpotenzial mit allem und allen in der Gesellschaft zusammen und verdeckt gezielt, dass eben diese Interventionsmacht und -praxis seit langem bewusst und kalkuliert Risiken auch für die eigene Bevölkerung anzieht - vor allem indem sie anderswo Gewalt ausübt und Armut schafft, aber auch indem sie bedenkenlos Gruppen militärisch aufrüstet, über die sie dann die Kontrolle verliert.

4. Das ist kein Anschlag für die Freiheit nicht einmal gegen den Kapitalismus, und es läßt sich auch keiner draus machen. - Man muss keine Sympathie für das Pentagon oder für das internationale Finanzkapital hegen, um festzustellen, dass die Anschläge eine faschistische Handschrift tragen. Ähnlich wie bei den Anschlägen in Bologna, Oklahoma und anderen sollten mit maximaler Gewalt möglichst viele Menschen getötet werden, Chaos und Krieg sind die kalkulierten, erhofften Folgen dabei. Der Tod von Zivilisten, die unmittelbare Lebensgefahr die für Palästinenser, für Israelis, für die Bevölkerung arabischer Staaten und viele andere hervorgerufen wird, sind den Tätern vollständig gleichgültig. Egal ob die Verantwortlichen arabische Fundamentalisten, amerikanische Rechtsextreme, eine Verbindung mehrerer Gruppen oder ganz Andere waren: hier läßt sich kein antikapitalistischer Kontext konstruieren, hier rechnet ein reaktionäres, organisiertes Machtpotential mit einem Gegner ab, der der eigenen Macht im Weg steht; hier wird geschlachtet, weil man sich von den Folgen eine Eskalation verspricht, von der das eigene Machtgebilde auf Kosten zahlloser Anderer profitieren soll.

5. Die Anschläge sind der Bankrott einer militärisch und polizeilich fixierten Sicherheitspolitik; ein Weitergehen in diese Richtung ist verantwortungsloser Hasard. - Die Rede vom Krieg verdeckt auch, dass es vor Terroranschlägen keinen absoluten Schutz gibt. Die eigene Sicherheit zu erhöhen, erfordert Politik, nicht militärische Schlagkraft. Es erfordert eine Politik, die zumindest in höherem Maße auf Kooperation, Ausgleich und Kompromiss bedacht ist, wenn es um ökonomische Politik und internationale Konflikte geht. Auch wenn die Terroranschläge nicht beanspruchen können, irgendjemand zu "repräsentieren", haben sie einen verbreiteten realen Hass auf den Westen und die USA zur Voraussetzung, um ihre Söldner zu rekrutieren und sich erfolgreich vor Infiltration abzuschotten. Diesen Hass kann man militärisch nicht zerschlagen, er ist die Bilanz einer Politik, die weiten Teilen der Menschheit nichts zu bieten hat - nicht die Ambivalenz eines noch halbwegs auskömmlichen Lebens im Kapitalismus, sondern buchstäblich nichts außer Gewalt, Armut, Vertreibung und Demütigung. Sicherheitspolitik besteht heute im Protest gegen die Politik der G8. Wer findet, am wichtigsten sei, dass die Bundeswehr jetzt auch möglichst schnell ihre globale Interventionsfähigkeit weiter vorantreibt, ist nicht nur zynisch, er riskiert bereitwillig unser aller Leben um der Interessen von Eliten und "Systemzwängen" willen.

6. Es ist notwendig deutlich zu machen, dass wir uns weigern, einen Krieg zu führen. - Die an sich bekannte Wahrheit, dass Krieg das Schlimmste ist, was passieren kann, wird derzeit beschleunigt zugedeckt. Wir erleben kriegsvorbereitende Propaganda. Es ist wichtig, klar zu machen, dass ein Krieg auf Widerstand stößt. Anteilnahme und Solidarität für die Getöteten in Amerika und ihre Angehörigen sind wichtig. Für die innenpolitischen Interessen von Bush und die strategischen Machtinteressen deutscher Eliten im Nahen Osten den Kopf hinhalten, hat damit nichts zu tun.

7. Es ist notwendig, einer Spirale von Rassismus entgegenzutreten. - Es gibt bereits Angriffe auf Ausländer, speziell auf Menschen aus arabischen Ländern oder aus mehrheitlich moslemischen Ländern, in den USA und auch hier. Das Spiel von oben ist dasselbe wie immer: Man will solche Übergriffe nicht haben, betreibt aber die Politik, die sie vorbereitet. Es geht eben nicht darum, dass "nicht alle Araber so sind" oder der Islam auch ganz nett sein kann. Es geht um aktiven Schutz für Gefährdete, es geht um eine selbstkritische Haltung gegenüber der eigenen Politik und Dominanz. Es geht um das Anerkennen der Tatsache, dass es auch Hass gibt und dass er auch reale Gründe hat. Es geht um das Eingeständnis der Tatsache, dass der Westen jeder emanzipatorischen oder sozialen Alternative innerhalb des Islam oder innerhalb der arabischen Gesellschaften mit kompromißloser Härte entgegengetreten ist, einfach wegen des Öls. Und es geht darum, mit der realen Vielgestaltigkeit von Positionen, politischen Überzeugungen und sozialen Kräften endlich zu kooperieren, zu kommunizieren und zu verhandeln, anstatt sich die Feindbilder zu schaffen, die das eigene Draufhauen immer wieder aufs Neue legitimieren sollen.

(entnommen
http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2001/09)



Wie Blinde in der Gemäldegalerie...

Eine alte Polizistenregel besagt, dass es die Tragik des Polizeiberufs sei, über Täter genau Bescheid zu wissen und es nicht beweisen zu können. So hat die Zunft in der Vergangenheit viel Mühe darauf verwand, mit unterschiedlichsten Fahndungstechniken und Ermittlungsmethoden dieses „Defizit“ zu verkleinern.
In den siebziger Jahren wurde unter Verantwortung des damaligen BKA-Chefs Herold das Prinzip der Rasterfahndung dafür perfektioniert. Die damals neue computergestützte Form der Fahndung sollte den ultimativen Schlag gegen die RAF ermöglichen. Es wurde ein bestimmtes Täterprofil zugrunde gelegt, mit dem dann systematisch Daten von Einwohnermeldeämtern, Versorgungsunternehmen, Mietern bestimmten Alters autobahnnaher Hochhaussiedlungen u.ä. abgeglichen wurden. Dieses Profil beruhte auf den Erkenntnissen, die die Polizei über die konspirativen Techniken der RAF gewonnen (zu glauben) hatte. Der Erfolg der aufwendigen Rasterfahndung gegen die RAF hielt sich in Grenzen, einige Festnahmen gehen wohl auf sie zurück, später beruhten die seltener werdenden Festnahmen fast ausschließlich auf der Denunziationsbereitschaft der Bevölkerung.
Abgesehen davon, dass die Technik der Rasterfahndung mittlerweile sowieso zum festen Bestandteil polizeilicher Arbeit gehört, sieht sie sich aktuell wegen der Suche nach den an der Planung bzw. Durchführung Beteiligten der Flugzeugattacken auf WTC und Pentagon neuer großer öffentlicher Aufmerksamkeit ausgesetzt. Es wird suggeriert, dass hier ein Instrument besteht, mit dem man nach ein paar Eingaben in den Computer am Ende einen Ausdruck in der Hand hält, mit dem die Polizei dann nur noch zu den Wohnungen der so Aufgespürten zur Festnahme zu fahren braucht.
Das ist jedoch Wunschdenken und zugleich Propaganda: Wunschdenken, weil die Voraussetzungen für eine „erfolgreiche“ Rasterung kaum bestehen; Propaganda, weil hier Aktivitäten vorgetäuscht werden, die Sicherheitsorgane hätten alles im Griff, was offensichtlich nicht der Fall ist. Einziger aktuell feststellbarer, wenn auch zweifelhafter Nutzen: die Akzeptanz für nahezu uneingeschränkte polizeiliche Datensammelwut ohne konkreten Tatverdacht wurde ausgeweitet, die Aufhebung der Trennung von polizeilichen und geheimdienstlichen Aufgaben weiter vorangetrieben.
In der Sache selbst ist das Ganze ein einziges polizeiliches Desaster. Zunächst müssen VS und Staatsschutz eingestehen, dass ihnen ihr eigenes vorurteilsbehaftetes Bild des „extremistischen kriminellen Fundamentalisten“ mit tonnenschwerer Wucht auf die Füsse gefallen ist. Soweit denn die in den Medien als mutmaßliche Täter präsentierten Männer tatsächlich für die Anschläge in Frage kommen, wären sie alles andere als das, was sich der bundesdeutsche Durchschnittsphobiker unter einem „kriminellen Ausländer“ vorgestellt hat: ordentlicher Student, beendet in der Regelstudienzeit sein Studium. Er lebt legal, rechtstreu und unauffällig und zahlt ordentlich die GEZ-Gebühren, ist nett zu den Nachbarn. Damit nun ein polizeiliches Raster zu erstellen, mit dem am Ende weitere „Täter“ überführt werden sollen, erscheint wie die Suche nach Leben auf dem Mond, nämlich relativ sinnlos. Nicht ohne Grund sind bisher weitere „Verdächtige“ mit einem vergleichsweise simplen polizeilichen Aufwand ausfindig gemacht worden: Kontaktschuld, d.h. wer in direkter oder mittelbarer Verbindung zu den mutmaßlichen Tätern steht/stand, ist verdächtig. Für diese schlichte Variante der Verdächtigung braucht es keinesfalls die ominöse Rasterfahndung.
Die beruht in ihrer Logik auf mindestens zwei Grundannahmen, die im vorliegenden aktuellen Szenario der Suche nach terroristischen sogenannten „Schläfern“ nicht gegeben sind: entweder die Gesuchten sind bekannt und sie versuchen, sich mit bestimmten konspirativen Techniken wie eine falsche Identität und einer Legende zu schützen. Oder sie sind zwar nicht bekannt, müssen sich aber aufgrund ihres Status als Gesuchte eben dieser bestimmten Verhaltensweisen bedienen, die sie auffällig machen und die dadurch bei einer Rasterung ins Netz gehen. In den siebziger Jahren war das bei der RAF u.a. die berühmte Barzahlung der Stromrechnung und Miete bei Wohnungen in Hochhäusern: wer unter diesen Voraussetzung so seine Rechnung beglich, war verdächtig und wurde überprüft. Gegenwärtig ist die Lage jedoch eine andere: niemand bei den Sicherheitsorganen weiss, wen sie suchen sollen. Und weil die Behörden von der Annahme ausgehen, dass die unbekannten Gesuchten hier lediglich Planungen durchführen und maximal ideologische Auseinandersetzungen/Schulungen organisieren, fehlen jegliche Ansatzpunkte für irgendetwas, was auffälliges Verhalten begründen würde. Da die eigentlichen logistischen Arbeiten gar nicht in der BRD durchgeführt werden, gibt es einfach nichts, was den Ermittlungsbehörden etwas an die Hand geben könnte: keine Geldbeschaffungsaktionen zur Finanzierung eines illegalen Lebens, keine relevanten Maßnahmen zur Verschleierung der Identität, vermutlich keine Transfers sensibler Dinge (Waffen, Sprengstoff o.ä.), kein Einsatz von gefälschten Dokumenten, da die Täter aufgrund der mutmaßlichen Tatbegehung (Selbstmordanschlag) ihre Identität eigentlich nicht im Hinblick auf die polizeiliche Repression zu schützen brauchen. Was also gesucht wird, sind Menschen, die sich schlicht nach aussen absolut normal verhalten. Einige wenige sogenannte Auffälligkeiten: Reisen in bestimmte Länder und das Aufrufen von bestimmten Internetseiten. Wer hiermit auffällt und ins Visier der Fahndung gerät, ist jedoch deswegen längst nicht überführt: ein sogenannter „Schläfer“ zeichnet sich dadurch aus, dass er im Sinne der Repressionslogik gerade eben nicht auffällig ist. Das bedeutet in der Konsequenz, dass dutzende potentiell Verdächtige u.U. monatelang aufwendig überwacht, abgehört und observiert werden müssen, ohne auch nur die Spur einer Ahnung zu haben, ob man überhaupt den Richtigen vor sich hat. Und überhaupt, was heisst schon „den Richtigen“?
Schließlich könnte den Ermittlungsinstanzen das nächste kapitale Vorurteil tonnenschwer auf die Füsse fallen: wieso werden eigentlich nur Männer eines bestimmten Rasters als Verdächtige gesucht? Weil „man“ weiss, dass Frauen nur verschleiert zu Hause mit Küche und Kindern beschäftigt sind, weil „man“ ausschliesst, dass die unterstellte ideologische Ausrichtung des verdächtigten Täterkreises natürlich nur Männer als Handelnde zulässt...?
Könnte noch Überraschungen geben...

Harry Klein



- folgendes Flugblatt wurde von anonymen Genossen auf dem Grenzcamp verteilt -

Kritische Anmerkungen zum Grenzcamp

Auf der im Rahmen des „Grenzcamps" stattfindenden Talkshow ***„Jeder Mensch ist einE ExpertIn"*** kam eine These auf, die sich - glaubt man den einschlägigen Publikationen – innerhalb der hier versammelten anti-rassistischen Linken einiger Beliebtheit erfreut und mit der sich dieses Flugblatt deshalb kritisch auseinandersetzen will, weil wir der Auffassung sind, daß es dafür keine guten Gründe gibt.
Die Rede ist von der Behauptung, die aktuelle Einwanderungsdebatte, bei der es um die Kriterien für eine dauerhaft geregelte Zuwanderung von Ausländern geht, sei eine Reaktion des Staates auf die ohnehin stattfindende Migration, der er quasi ohnmächtig gegenüberstünde und sich deshalb entschieden habe, gesetzlich zu regeln, was eh nicht mehr aufzuhalten sei: ***„Mindestens 500.000 illegale Einwanderungen pro Jahr haben das Gerede von der Festung Europa zur Farce werden lassen (...) was nicht verhindert, müsse wenigstens gesteuert werden."*** *(!)*
Gegen diese Auffassung lässt sich zunächst einmal die schlichte Beobachtung ins Feld führen, daß die in Deutschland lebenden illegalen Einwanderer ebenso wie die Lage der um Asyl suchenden Flüchtlinge einfach nicht Gegenstand der aktuellen politischen Debatte sind – zumindest unter denen, deren Auffassung nicht einfach als bloße Meinung in den „gesellschaftlichen Diskurs" um eine geregelte Zuwanderung eingeht, weil sie die staatliche Gewalt hinter sich haben: die Damen und Herren Ausländerpolitiker!
Daß die nicht die diversen Elendsgestalten im Kopf haben, wenn sie davon reden die ***„Herausforderungen der Gegenwart"*** machten eine moderne Einwanderungsdebatte notwendig, welche die ***„veränderte politische Lage"*** berücksichtigen müsse, wird nicht nur an Forderungen deutlich wie der nach Beschleunigung von Asylverfahren, um ungebeten Gäste schneller abschieben zu können. Auch aus der derzeitigen Praxis wird ersichtlich, daß sich der Staat keineswegs anschickt, einen imaginären ***„Kampf um Nullmigration verloren"*** *(!)* zu geben: Verschärfte Auflagen für Asylbewerber prägen hier das Bild und Abschiebungen sind an der Tagesordnung, während gleichzeitig die deutschen Ostgrenzen durch neue Sicherheitsvorkehrungen und modernste Ausrüstungen der Grenzschützer zu einer unüberwindlichen Hürde für Flüchtlinge aus aller Welt werden.
Schließlich wäre auch unerfindlich, warum sich eine veritable Staatsgewalt wie die BRD ausgerechnet von mittellosen Flüchtlingen in seine politische Praxis reinpfuschen lassen sollte. Es ist doch sonst auch nicht seine Art, dem „Druck der Straße", wie das dann immer so schön heißt, nachzugeben!
Angesichts der bereits genannten Fakten und den –zig Toten, die jedes Jahr an den europäischen Grenzen anfallen erscheint es daher reichlich zynisch, die paar Gestalten, die es trotzdem irgendwie schaffen, illegal in die EU bzw. nach Deutschland einzureisen, als Beleg dafür hochzuhalten, daß die Abschottungspolitik gescheitert sei und sich die PolitikerInnen von daher genötigt sähen, umzudenken.
Wenn die Experten von „Kein Mensch ist illegal" dann auch noch meinen, das ***„Gespenst des Expertentums"*** *(!)* käme den Politikern gerade recht, um den „wahren" Gehalt ihres Kurswechsels zu verschleiern, wird es endgültig albern. Als hätten die deutschen Berufsnationalisten irgendein Rechtfertigungsproblem bei ihren Vorhaben!
Statt dessen gilt nach wie vor: Der Staat hat sein Programm und tut, was ihm notwendig erscheint, um alle Ausländer, die es dafür nicht braucht, rauszuschmeißen – es sei denn, sie passen eben in seine Kalkulationen. Es ist nämlich gar nicht so, daß der Staat grundsätzlich ein Fan von „Nullmigration" wäre... Deswegen an dieser Stelle zunächst ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu dem ***Verhältnis***, das der Staat zu Ausländern einnimmt:

Die Kalkulationen des Staates in Bezug auf Ausländer...

Ein Ausländer, das lehrt ein Blick in die Ausländergesetzgebung, ist für den politischen Souverän ein Mensch, der nicht ***seiner***, sondern einer ***fremdstaatlichen*** Hoheit untersteht. Mit dieser imperialistischen ***Einsortierung*** ist ein Ausländer weder verurteilt noch geschätzt. Vielmehr ist als sein Charakteristikum ein recht prinzipieller ***Mangel*** festgehalten: Die Benutzung auswärtigen Menschenmaterials kommt an der Berücksichtigung jener Staatsgewalt, der es untersteht, nicht vorbei. Ein Ausländer ist also nichts als ein Mensch, über den der hiesige Staat kein unbeschränktes – natürlich immer Recht und Gesetz gehorchendes – ***Verfügungsrecht*** geltend machen kann. Darin unterscheidet sich der Auswärtige im Übrigen vom Inländer – was durchaus die Frage aufwirft, ob es eigentlich ein Glück oder ein Pech ist, als Inländer registriert zu sein...
Im Status des Ausländers kommen also zwei Dinge zusammen:
Erstens das Interesse eines Souveräns, ihn – wie auch das fremde Territorium insgesamt – nach ***Nutzenkriterien*** zu betrachten. So kann die Politik mit dem Import von Ausländern z.B. dem Kapital einen Dienst erweisen, indem sie erlaubt, daß nichtdeutsche Arbeitskräfte ins Land kommen (s.u.). Mit ihm lässt sich aber auch gut ***Außenpolitik*** betreiben: Wenn „politisch Verfolgte" vorübergehend hofiert werden, dann dient das eben nicht – wie auch von Linken häufig unterstellt – „den Menschen", sondern der Ächtung eines „Unrechtsregimes" und dabei taugen die Flüchtlinge nebenbei prima als lebende ***Einmischungstitel***. Das wird auch von den Betroffenen oft verwechselt, wenn sie sich bitter über die „unmenschliche Behandlung" durch ihre neue Heimat beklagen, die anliegt, insofern der politische Kurswechsel in der alten vollzogen ist: Brauchen wir nicht mehr, also raus damit (vgl. Kosovo-Flüchtlinge)!
Zweitens die Tatsache, daß jeder Versuch der Benutzung von fremden Menschen für eigenstaatliche Anliegen an der fremdstaatlichen ***Hoheit*** nicht vorbeikommt. Die mag den fremden Zugriff auf ihre Bürger als unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten verurteilen oder sich sogar geneigt zeigen, wie etwa im aktuellen Fall der Anwerbung indischer IT-Fachkräfte: Der indische Staat lässt diese „human ressources" sogar eigens zu Exportzwecken an heimischen Unis produzieren, weil er sich von diesem Menschenverschickungsprogramm Devisen verspricht.

...und wie sie sich in der aktuellen Einwanderungsdebatte wiederfinden

Nun hat der deutsche Staat und allen voran die rot-grüne Regierung also einen ***Kurswechsel*** vollzogen: Anders als noch Anfang der 90er – damals hieß es, das „uns alle" tragende Boot sei rappelvoll und drohe bereits zu kentern – hat man festgestellt, daß doch noch ein paar Plätze frei sind. Zunächst vor allem in der Business-Class (Spitzenfachkräfte gesucht!), später und sogar dauerhaft auch auf den billigen Plätzen sollen sich vermehrt Ausländer für den ***Erfolg der Nation*** ins Zeug legen dürfen.
Der Grund für diesen Sinneswandel liegt darin, daß – zunächst, was die Green-Card-Offensive betrifft – die IT-Branche eine entscheidende ***Zukunftstechnologie*** darstellt. Gerade angesichts der verschärften Standortkonkurrenz bedeutet dies eine unverzichtbare ***Geschäftssphäre*** eines Staates, der diese Konkurrenz gewinnen will und zu diesem Zwecke gerade dabei ist Land und Leute dafür herzurichten und einzuspannen. Wenn nun die eine oder andere Abteilung seiner Wirtschaft entsprechendes Personal vermissen lässt, will nicht frühzeitig in seine Heranzüchtung investiert wurde, und anderswo gibt es davon en masse, ist für einen Staat wie Deutschland nichts selbstverständlicher als sich daran nach Bedarf zu bedienen.
Darüber hinaus ist ein Einwanderungsgesetz in Planung und eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts auf den Weg gebracht, da man sich einig ist, daß der ***„Bedarf an Arbeitskräften langfristig nicht ohne***

geregelte Zuwanderung zu decken" (Dt. Inst. für Wirtschaftsforschung) ist. Hier rein gehört auch die Sorge um die demographische Beschaffenheit des Volkskörpers: „***Die Deutschen sterben aus!***"
Es dürfte also hinreichend klar geworden sein, daß ein Einwanderungsgesetz nichts mit Menschenfreundlichkeit zu tun hat – dahinter steckt vielmehr ein gnadenlos normales ***imperialistisches Interesse***: Die Benutzung weltweit vorhandener natürlicher wie menschlicher Ressourcen als Quelle für die Mehrung nationalen Reichtums.

Die Forderungen der „Grenzcamper"

Zumindest ein Teil der auf dem Grenzcamp versammelten antirassistisch Bewegten sieht das offensichtlich ein wenig anders... sie halten an ihrer eingangs kritisierten Diagnose fest, nach der der Staat mit seiner neuen Ausländerpolitik einräume, dem „***Druck der Migrantenbewegung***" ziemlich ohnmächtig gegenüberzustehen, werten das als einen (Teil-)Erfolg und verklären die aktuelle Situation zu einer „***positiven Rahmenbedingung für einen neuen offensiven Rassismus***" (so oder so ähnlich: Kanak Attack). Aus dieser verkehrten Theorie folgt dann eine ebenso verkehrte Praxis. So können sich diese Aktivisten durchaus vorstellen, sich in die Einwanderungsdebatte einzubringen...
Jetzt freilich noch nicht, denn irgendwo haben sie schon mitbekommen, daß die derzeitige Diskussion nicht so wirklich um die Lage der betroffenen Menschen kreist. Aber was nicht ist, das kann ja noch werden! Deshalb entblöden sie sich auch nicht, dem Staat ***Bedingungen*** zu stellen (Papiere für die bereits in Deutschland lebenden Illegalen), mit denen der wohl sowas wie seine ***Glaubwürdigkeit*** unter Beweis stellen soll, daß es ihm auch wirklich um „die Menschen" geht.
Bei soviel ***Demokratieidealismus*** fragt man sich wirklich, wo diese Leute eigentlich leben: In einer der führenden Weltwirtschaftsmächte, die sich gerade anschickt, im Verein mit anderen europäischen Staaten die Konkurrenz gegen Amerika aufzunehmen und dabei keinen Zweifel aufkommen lässt, ***wem*** die dafür notwendige Standortpolitik nutzt und wem nicht (Löhne runter!)? – Man mag es kaum glauben!
Bei anderen Grenzcampern sieht die Sache traurigerweise auch nicht besser aus. So findet sich bei den Leuten von „***Kein Mensch ist illegal***" immer wieder derselbe ***Moralismus***, den sie tapfer gegen die Realität hochhalten: Eigentlich... ja, eigentlich ginge das doch gar nicht, Menschen nach Nutzenkriterien zu sortieren, denn irgendwie sei doch schließlich „***JedeR einE ExpertIn***" und überhaupt könne doch ein Mensch eigentlich gar nicht illegal sein. Der Fehler einer solchen moralischen Tour ist es, daß dabei niemals eine ***Erklärung*** des für kritikabel befundenen Sachverhalts – Menschen werden ja hierzulande nach Brauchbarkeit sortiert! – rauskommt. Statt dessen wird der eigenen Idealismus als „wahre" Bestimmung der Welt ausgegeben. Wenn nun passiert, was eigentlich nicht sein dürfte, wird nicht etwa dieser Idealismus über Bord geworfen, sondern dann weicht die Welt von sich selbst, ihren eigentlichen Bestimmungen ab!
Wer meint diese Kritiker hätten wenigstens etwas gegen Recht und Gesetz, wenn ihnen schon die Absurdität auffällt, das Menschen zu (Il)legalen gemacht werden, sieht sich leider auch getäuscht.
Auf Biegen und Brechen halten sie daran fest, sich diese staatlichen Institutionen als taugliches ***Mittel*** für ihre menschenfreundlichen Anliegen zurechtzudenken, wenn sie doch bloß endlich ihrer „eigentlichen" Bestimmung zugeführt würden, dem „Wohle aller Menschen" zu dienen: Munter fordern sie „***Gleiche Rechte für alle***" und „***Bleiberecht für alle***", unterstreichen das „alle" und übersehen (?) dabei glatt, wen sie damit zum handeln auffordern: Ausgerechnet der Staat, dem sie die ganze Zeit die übelsten Vorwürfe machen, soll sich eines besseren besinnen und seine Politik ändern, sonst könnten seine radikalen Kritiker doch glatt noch den Glauben an die Demokratie, diese symphatischste aller Herrschaftsformen verlieren!
Dabei täten sie wahrlich gut daran: Schließlich ist sie es, die mit ihrer Gewalt genau ***die*** Ökonomie ins Werk setzt, die der großen Mehrzahl der Aus- wie Inländer gleichermaßen schlecht bekommt, weil sie in ihr bloß als ***Material*** zur Schaffung eines Reichtums vorkommen, der als ***Eigentum*** privatem Verfügungsrecht untersteht und von dem sie mittels ***Geld*** ausgeschlossen sind. Die Rede ist, klar, vom Kapitalismus!
Zu einem solchen Laden gehören dann auch ***Grund-*** bzw. ***Menschenrechte***, ebenfalls eine beliebte Forderung der „Grenzcamper", ***notwendig*** dazu, was einigen Aufschluß über diese Art, Wirtschaft zu machen gibt: Offensichtlich ist in einer ***Geldwirtschaft*** noch nicht einmal das nackte ***Überleben*** gesichert, ohne daß der Staat dies ***gesetzlich*** festschreibt; ganz zu schweigen von einer vernünftigen Versorgung der Menschen. Und – und daß sollten sich all die Menschenrechtsaktivisten mal durch den Kopf gehen lassen – indem der Staat nun ein „Recht auf Leben" und „körperliche Unversehrtheit" grundgesetzlich schützt, sichert er in einem auch wirklich ***nichts*** als diese ***Restgröße***, daß blanke (Über-)Leben und das auch nur, sofern es nicht mit anderen Gesetzen, die bei ihm hoch im Kurs stehen – der Freiheit des Eigentums bspw. – kollidiert (2). Über jegliche Lebens***mittel***, die Beschaffenheit dieses Abstraktums „Leben", also alles was es erst lebenswert ***macht***, ist ausdrücklich ***nichts*** gesagt!
Die anti-rassistisch Engagierten müssen sich also endlich mal entscheiden, ob sie weiterhin bei einer moralischen Kritik an lauter notwendigen ***Auswüchsen*** der Demokratie stehen bleiben wollen oder ob sie endlich mal die Beschäftigung mit den ***tatsächlichen Zwecken*** dieser Sorte Herrschaft und ihren Mitteln auf die Tagesordnung setzen. Denn eines sei hier zum Abschluß festgehalten:
Ein kapitalistischer Nationalstaat ***ohne*** Grenzen, Sortierung in In- und Ausländer, Abschiebungen etc. ist schlechterdings nicht zu haben!

(1) alle Zitate aus der Zeitschrift „Jeder Mensch ist einE ExpertIn"
(2) so kommen dann z.B. die Leukämiefälle im Umkreis von Atomkraftwerken zustande





Programm **ROTE FLORA** 10/2001

www.roteflora.de

Montag 01.10.21Uhr	HC-Konzert: Chaospilot (chaotischer HardCore aus Norwegen)
Dienstag 02.10.18Uhr	Dubcafe Black Famous Sound
Donnerstag 04.10.21Uhr	Anarcha-Punkkonzert: Harum Scarum
Freitag 05.10.-Sonntag 07.10.	Internationales Frauen Radiotreffen (nur für Frauen)
17Uhr	Cafe Niemandsland: heiße Politik und frischer Kuchen
Montag 08.10.21Uhr	TOCHNIT ALEPH-Abend
	3 Bands(USA/England/Deutschland) Experimenteller Krach-Punk as Fuck (?? d. Setzer) ,Dj Performance Aktionistischer Krach, Laptopgefrickel
Dienstag 09.10.18Uhr	Dubcafe Inity Sound
Donnerstag 11.10.21Uhr	Konzert:Les Savy Fav (Postpunk deluxe)
Freitag 12.10.21Uhr	P-SCHICHT ZUM PLATZEN BRINGEN!
	Soliparty mit Punk/Ska/Hardcore-Konzert...Punkrock vom Plattenteller
	Techno im Keller mit: Kurorchester Frohsinnn, Der Trick ist zu atmen, Braineaters, Innerconflikt und Suffrakete Punkhorst
Sonntag 14.10.17Uhr	Cafe Niemandsland: Cafe-und Kuchenpolitik
Dienstag 16.10.18Uhr	Dubcafe I tal Acoustic
Mittwoch 17.10.21Uhr	Konzert: Kitty Empire (d), Cherry Ville (d), Barra Head (dk/Kopenhagen)
Donnerstag 18.10.-Freitag 19.10.	Ausstellung zum Thema Queer-eingerahmt von Lesungen, Filmen, Theater Performance, Cafe und Kuchen, Musik und Informationen...
Samstag 20.10.21Uhr	Konzert: "Kaktus+Brezel" +special
Sonntag 21.10.17Uhr	Cafe Niemandsland: Kuchen Kaffee und politische Bildung
21Uhr	Kino: Planet der Affen-Nacht mit passendem Buffet
	Die echten „Planet der Affen" Filme
Montag 22.10.20Uhr	geplant: Info und Diskussionsveranstalltung: Genua und die globale Bewegung. Was ist Bewegung - Was bewegt sich in der globalen Widerstandsbewegung?
Dienstag 23.10.18Uhr	Dubcafe weed Acoustix
Mittwoch 24.10.21Uhr	Konzert: Kettcar (ex but alive ex rantanplan), Oma Hans (ex Dackelblut), Tomte
Donnerstag 25.10.21Uhr	Konzert: Sport, TGV und Lovehandles
Freitag 26.10.23Uhr	LesBiSchwuler - Kellerclub
Samstag 27.10.23Uhr	"Shake the night away" with Inna Zion,Sugar Chicken (HH) & Auditop Sound (H)
Sonntag 28.10.17Uhr	Cafe Niemandsland: denk, schlürf, mapf
Dienstag 30.10.21Uhr	Konzert: Fun People (Argentinien/megastars)
	HC – Punkpop – experimental - Opernsängerkrach: geht nach vorne, schnell, verträumt, zum liebhaben, melodiös!

WO KOMMSTN HER?

regelmäßige termine:

Montag ab 19Uhr Kochsession veganes essen

Montag ab 17Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen

Montag+Donnerstag 17-20Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007

Dienstag18-23Uhr Dubcafe

Donnerstag 14tägig ab 19Uhr Kochkollektiv veganes essen

1.Samstag im monat ab 12UhrFrühstücksbuffet

Sonntag ganztägig Studio F (fsk 93.0) sendet aus der Roten Flora